

Liebe Leserinnen und Leser,
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 7.7.2016.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der Ratsherrn Grenda teilte die Verwaltung mit, dass für die mögliche Teilnahme an der Werbekarawane der Tour de France 2016 keine Werbepartner gefunden wurden, da sich diese auf Sponsoringaktivitäten in Düsseldorf konzentrieren. Die Gestaltung der Werbewagen ist weitaus aufwändiger als z.B. der Bau von Karnevalswagen.

Anfragen

Aufgrund einer Anfrage der FDP zu externen Vermietungen teilte die Verwaltung mit, dass es insgesamt 556 Mietverhältnisse gibt, aus denen Mieteinnahmen von jährlich 11,2 Mio Euro vereinnahmt werden. Die Mietverhältnisse betreffen Ateliers, Dienstwohnungen, Gewerberäume, Wohnungen und Telekommunikationsanlagen. Mit der Bearbeitung sind diverse Mitarbeiter beschäftigt. Die anteiligen Personalkosten belaufen sich auf ca. 0,66 Mio Euro, für IT-Technik werden ca. 72.500 Euro aufgewendet. Die Betriebskostenabrechnungen werden entsprechend den gesetzlichen und vertraglichen Regelungen durchgeführt.

Aufgrund einer Anfrage der Ratsfraktion Tierschutzpartei/Freie Wähler zur Überstundensituation der Feuerwehr erläuterte die Verwaltung zunächst, dass die 48 Stunden-Woche realisiert ist. Überdurchschnittliche Personalabgänge könnten nicht immer zeitnah ersetzt werden. In 2014 und 2015 wurden jeweils rd. 32.000 Mehrarbeitsstunden geleistet. Das entsprach rd. 18-19 Vollzeitstellen. Durch verschiedene Maßnahmen soll die Personallücke bis zum 1.1.2017 gedeckt werden.

Zur Nutzung der städtischen Elektroautos stellte die FDP eine Anfrage. Seit 2013 werden die Elektroautos im Dienstbetrieb genutzt, durchschnittlich 1,3 mal pro Tag mit einer Jahreskilometerleistung von 7500 km. Seit Oktober 2015 werden die Fahrzeuge nach Dienstschluss von 38 Mitarbeitern kostenpflichtig genutzt. Seit Februar 2016 können 5 Fahrzeuge von Bürgern und Bürgerinnen nach Dienstschluss genutzt werden. Bis April machten 7 Personen hiervon Gebrauch. Die Stadt hat Fördermittel von 460.000 Euro erhalten, die eigenen Projektkosten beliefen sich bisher auf 73.000 Euro.

Eine Anfrage der Linken beschäftigte sich mit dem Thema Bürgeranleihen. Die Verwaltung teilte mit, dass es mit der Stadtparkasse keine konkreten Gespräche gegeben hat. Etwaige Werbemaßnahmen würden von dem zu beauftragenden Bankenkonsortium durchgeführt. Die Verwaltung schätzt die Werbekosten auf 0,15-0,4 % des Anleihevolumens. Einen erheblich höheren Zins als für eigene Kreditaufnahmen dürfte die Verwaltung auch bei der Begebung von Bürgeranleihen nicht zahlen.

Die Linken fragten nach den Auswirkungen von CETA. Die Verwaltung teilte mit, dass die in einem Gutachten beschriebenen Auswirkungen auf die Organisation der kommunalen Daseinsvorsorge, die Verbraucher- und Umweltstandards, die Vergabe- und Konzessionsverfahren in die Stellungnahme der Kommunen eingeflossen sind. Zum überarbeiteten CETA-Abkommen werden die Stellungnahmen derzeit erarbeitet.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zur Sicherheit beim Japan-Tag teilte die Verwaltung mit, dass zwischen 0,6 und 0,75 Mio Besucher zum Japan-Tag kommen. Es waren 43

Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes im Einsatz, 53 Mitarbeiter von Rettungs- und Sanitätsdiensten mit einem Notarztwagen und 2 Rettungswagen, 10 Feuerwehkräfte mit einem Löschfahrzeug sowie 13 Mitarbeitende des OSD. Es gab am Unteren Rheinwerft und auf der Holzbrücke temporär eine hohe Besucherdichte, sodass die für eine derartige Situation geplanten Sperrungen und Umleitungen eingerichtet wurden. Nach dem Feuerwerk wurde der U-Bahnhof Heinrich-Heine-Allee zeitweise gesperrt und der Zugang kontrolliert geregelt. Ein Frauen-Security-Point wurde im Hinblick auf die familiäre Besucherstruktur nicht eingerichtet. Für den nächsten Japan-Tag wird eine Erweiterung der Veranstaltungsfläche erwogen. Möglicherweise werden Japan-Tag und Feuerwerk an unterschiedlichen Tagen stattfinden.

Anträge der Fraktionen

Der Antrag der Linken, den Oberbürgermeister aufzufordern, anlässlich des 32. Internationalen Schiesswettbewerbs "Kurfürst-Jan-Wellem-Pokal" keinen Empfang für das Bundeswehr-Landeskommando NRW und den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. auszurichten und hierfür keine städtischen Mittel bereitzustellen, wurde von SPD, CDU, FDP bei Enthaltung AfD abgelehnt.

Der Antrag der Linken, die Forderungen des Gesamtpersonalrates zum Verwaltungsumbau 2020 umzusetzen und die Kürzungsvorgabe von 20 % zu streichen, wurde von allen anderen Ratsmitgliedern abgelehnt.

Nachdem Oberbürgermeister Thomas Geisel erklärt hatte, dass es in Sachen CETA keine Berichtenswerte Belange gibt und derzeit von den Spitzenverbänden der Kommunen die vorgelegten Gutachten ausgewertet werden, zog die Linke ihren Antrag „Informationen zu TTIP, CETA und TiSA im Stadtrat“ zurück.

Kleine Kommission Grand Départ Düsseldorf 2017

Der Oberbürgermeister berichtete über drei Sitzungen. Helga Leibauer wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Kommission wurden die Einnahmesituation und die Unterpositionen Sicherheit (Volumen 0,89 Mio Euro) erläutert sowie die Kinderradrennen „Petit Départ“ dargestellt. Entsprechend dem Wunsch der kleinen Kommission wurde die Potenzialanalyse Sponsoring in fixe Vereinbarungen (2,4 Mio Euro), Zusagen (2 Mio Euro) und erfolversprechende Verhandlungen (2,4 Mio Euro) aufgeteilt. Der fiskalische Effekt aus zusätzlichen Gewerbesteuererträgen wurde aus der Finanzplanung herausgenommen. Angesichts der bisher vorliegenden Zusagen wurden die erwarteten Erträge auf 6,3 Mio erhöht. Bei Aufwendungen von 11,2 Mio beläuft sich der Finanzbedarf auf 4,9 Mio Euro. Die Kommission empfahl, den Änderungsantrag der CDU zur Finanzierung in 2016 in die Beschlussvorlage für den Rat zu übernehmen.

Der Rat beschloss sodann gegen FDP (Enthaltung Linke und Pirat) die Bereitstellung überplanmäßiger Mittel in 2016 bis zu 3,1 Mio Euro (inkl. MwSt). Diesen stehen in 2016 überplanmäßige Einnahmen von 1,79 Mio Euro (zzügl. MwSt) gegenüber. Alle zusätzlichen Erträge des Projektes in 2016 dürfen zu Aufwendungen in gleicher Höhe führen.

Kleine Kommission Kö-Bogen

Die Kommission wurde über den Kö-Bögen II unterrichtet. Hinsichtlich der Vertragsverhandlungen ist die Verwaltung auf die Zuarbeit der Investoren angewiesen. Vor diesem Hintergrund ist der für den 15.9. geplante Ratsbeschluss ambitioniert. Die Abrissgenehmigung für die Hochbauten ist bis auf ein Haus erteilt. Zwischen den Inves-

toren und dem letztem Grundstückseigentümer gibt es noch keine Einigung. Die Gestaltung des Gründgensplatzes wurde vorgestellt.

Kleine Kommission RRX

Die Kommission hat sich mit den Vorabstimmungen zu den Planfeststellungsabschnitten Wehrhahn-Reisholz und Kalkum-Unterrath beschäftigt. Anregungen und Hinweise bezüglich der Lärmschutzmaßnahmen wurden aufgenommen. Die Bezirksvertretungen und der Ordnungs- und Verkehrsausschuss werden nach den Sommerferien eingebunden. Der runde Tisch Lärmschutz Angermund führt derzeit einen planerischen Faktencheck durch und prüft die wasserrechtliche Verträglichkeit einer Einhausung. Es wurde Vertraulichkeit vereinbart. Die Arbeitsergebnisse sollen nach den Sommerferien den politischen Entscheidern präsentiert werden.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm die **Übersicht der übertragenen Ermächtigungen** für konsumtive und investive Auszahlungen von 2015 nach 2016 zur Kenntnis. Das durch Entnahme aus den Rücklagen auszugleichende Jahresergebnis in Höhe von 29,8 Mio Euro (im Dezember 2015 beschlossener Haushaltsplan) erhöht sich dadurch auf 72,6 Mio Euro. Inwieweit dies tatsächlich eintritt, hängt von der Inanspruchnahme und der Übertragung nach 2017 ab.

Der Rat nahm die **Jahresabschlüsse der Stadtparkasse** Düsseldorf 2014 und 2015 zur Kenntnis. Er beschloss, aus beiden Geschäftsjahren insgesamt 25 Mio Euro an die Stadt auszuschütten und entlastete die Organe der Stadtparkasse (einzelne Gegenstimmen und Enthaltungen).

Der Rat nahm einen Bericht über das **Projekt Verwaltung 2020** zur Kenntnis. Ungefähr 580 Vorschläge wurden aus 45 Verwaltungsbereichen gemacht. Die Vorschläge aus 30 Bereichen führen zu einem Einsparpotenzial von 13 % der vorhandenen Stellen und überplanmäßigen Funktionen. 15 Ämter sind noch bei der Vertiefung ihrer Konzepte. Für die weitere externe Beratung bei der Vorbereitung und Umsetzung in den Jahren 2017 bis 2020 wurden 500.000 Euro überplanmäßig bereitgestellt (gegen Linke, Enthaltung Pirat).

Der Rat nahm das Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses über den **Bericht der Gemeindeprüfanstalt** über die Prüfung der Gesamtabchlüsse 2010 und 2011 einschließlich der Beteiligungen zur Kenntnis.

Der Rat beschloss einstimmig **Änderungen des Förderprogramms Klimafreundliches Wohnen und Arbeiten** in Düsseldorf. Die Änderungen betreffen u.a. Wandladestationen für Elektrofahrzeuge, Fernwärme-Neuanschlüsse im Modellquartier Bilk sowie den Austausch von Heizungsumwälzpumpen.

Der Rat ermächtigte die Vertreter in den Gremien der **DIWA** Düsseldorfer Innovations- und Wissenschaftsagentur GmbH, der Liquidation der Gesellschaft und sowie aller zur Umsetzung der Liquidation erforderlichen Maßnahmen zuzustimmen.

Der Rat nahm den **Bericht des Instituts für Denkmalschutz und Denkmalpflege** über das Jahr 2015 zur Kenntnis.

Der Rat beschloss einstimmig, die Gesamtschule Lindenstraße umzubenennen in **Maria-Montessori-Gesamtschule**.

Der Rat beschloss einstimmig **schulorganisatorische Maßnahmen** und beauftragte die Verwaltung, die erforderlichen Ausführungs- und Finanzierungsbeschlüsse vorzubereiten:

- Verlagerung der Regenbogenschule (Gemeinschaftsgrundschule Jahnstr. 97) in einen neu zu errichtenden Neubau Kirchfeldstr. 74-80 zum Schuljahr 2020/21 und Erhöhung auf drei Züge;
- Erhöhung auf drei Züge ab 2020/21 an der St. Peter-Schule (Kath. Schule Jahnstr. 97);
- Erwerb eines Grundstücks im südlichen Teil des Glasmacherviertels und Errichtung einer Drei-Zügigen Gemeinschaftsgrundschule Glasmacherviertel zum Schuljahr 2019/20;
- Erhöhung auf zwei Züge an der Carl-Sonnenschein-Schule (kath. Grundschule Geresheimer Landstr. 89) auf 2018/19;
- Erhöhung auf 2 Züge an der Grundschule Schloss Benrath (Gemeinschaftsgrundschule Erich-Müller-Str. 31) vorbehaltlich der baulichen Machbarkeit ab 2019/20
- Errichtung eines Gymnasiums am Heinzelmännchenweg mit vier Zügen aufbauend ab 1.8.2020 als Halbtagschule mit Option, später den Ganzttag einzurichten;
- Dumont-Lindemann-Schule (Gemeinschaftshauptschule Weberstr. 3), Abriss und Neubau der Dependence an der Kirchfeldstr. 74-80 in zwei Bauabschnitten;
- Erhöhung auf fünf Züge am Comenius-Gymnasium (Hansaallee 90) ab 2018/19 sobald die Baumaßnahmen abgeschlossen sind;
- Errichtung einer Gesamtschule Pfaffenmühlenweg auf einer zu erwerbenden Grundstücksfläche nördlich des Theodor-Fliedner-Gymnasiums mit vier Zügen aufbauend ab 1.8.2020;
- Gemeinschaftshauptschule Benrath (Melanchthonstr. 2), Abriss und Neubau einer zweizügigen Hauptschule.

Der Rat beauftragte die IPM mit der Durchführung der Maßnahmen am Standort Kirchfeldstraße. Er stellte für Sofortmaßnahmen 2,5 Mio Euro sowie für Planungskosten 5 Mio Euro zur Verfügung. Ein Ergänzungsantrag der CDU, den Bedarf im Primarbereich im östlichen Teil Benraths, den Bedarf für eine Realschule im Stadtbezirk 6 und die ÖPNV-Verbindung zum neuen Schulstandort Heinzelmännchenweg zu verbessern, fand keine Mehrheit.

Der Rat übertrug einstimmig dem Schulausschuss das **Vorschlagsrecht des Schulträgers für die Besetzung von Schulleitungsstellen** gegenüber der oberen Schulaufsichtsbehörde nach § 61 Schulgesetz NRW. Der Schulausschuss kann eine beratende Unterkommission bilden, die die Vorstellungsgespräche durchführt und Empfehlungen abgibt.

Der Rat beauftragte die Verwaltung, einen **Beirat zur Errichtung von Wohnheimen für Auszubildende** einzurichten. Dieser soll die weiteren Schritte zu einem Auszubildendenwohnheim begleiten. Es sollen Wohngruppen für 2 bis 4 Personen mit Gemeinschaftsbereichen und geringen Mieten in verkehrsgünstiger Lage und in der Nähe von Ausbildungsbetrieben und Berufsschulstandorten geschaffen werden. Mitglieder des Beirates sollen VertreterInnen der Ratsfraktionen, der Verwaltung, der Arbeitsagentur, des Jobcenter, des DGB, der IHK, der Handwerkskammer, der Unternehmerschaft, des zukünftigen Bauträgers, des Trägers und DGB-Jugend sein.

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung, das Konzept **Nette Toilette** einzuführen und beschloss, die Ansätze für die Jahre 2017 bis 2019 um 75.000 Euro zu erhöhen. Zur Ergänzung der öffentlichen Toilettenanlagen stellen Gastronomiebetriebe und Händler ihre Toilettenanlagen gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung zur Verfügung (50 Euro monatlich, in Ausnahmefällen wie Barrierefreiheit 100 Euro).

Der Rat genehmigte einstimmig eine Dringlichkeitsentscheidung, durch die weitere 950.000 Euro für den **Abbruch von zwei Werkshallen** auf dem ehemaligen Glashütengelände bereitgestellt wurden. Durch Gutachter nicht erkannte Asbestbelastungen des Fensterkitts, des Estrichs und des Putzes in einem Treppenhaus verursachen die Mehrkosten.

Der Rat nahm die Entscheidung der Preisgerichte hinsichtlich der **Verleihung der Förderpreise 2016** zur Kenntnis:

- Jury für die Förderpreise bildende Kunst
Claudia Mann, Bildhauerin, und Matthias Wollgast, Fotograf
- Jury für die Förderpreise darstellende Kunst
Wera Mahne, Regisseurin, und Kristin Schuster, Tänzerin
- Jury für die Förderpreise Musik
Ivory Clay, Popband, und Sukyeon Kim, Pianistin
- Jury für den Förderpreis Literatur
Lea Beiermann, Autorin

Personalien

Der Rat wählte einstimmig

- Cornelia Zuschke als Nachfolgerin des nach Mönchengladbach gewechselten Planungsdezernenten Bonin zur Beigeordneten für acht Jahre. Frau Zuschke wird ihr Amt voraussichtlich zum 12.9. antreten;
- als neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Wohnungswesen und Modernisierung Uwe Warnecke (BÜ90);
- den Aufsichtsrat der Stadt. Wohnungswirtschaftsgesellschaft Düsseldorf mbH & Co.KG. Die SPD ist vertreten durch Thomas Geisel, Matthias Herz und Oliver Schreiber. Da diese neu gegründete Gesellschaft keine eigenen Arbeitnehmer hat, können Arbeitnehmer nicht in den Aufsichtsrat gewählt werden. Die Arbeitnehmer sind weiterhin im Aufsichtsrat der Städtischen Wohnungsgesellschaft AG vertreten. Wenn die Gesellschaften verschmolzen werden, können die Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat gewählt werden. Der Oberbürgermeister regte an, beide Aufsichtsräte gemeinsam tagen zu lassen, sodass die Arbeitnehmervertreter in die Beratungen einbezogen werden;
- Frau Dr. Charlotte Beissel (Leiterin des Hauptamtes) und Frau Andrea Kelch (Leiterin der Abt. Personalservice beim Hauptamt) in den Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen bei der Agentur für Arbeit Düsseldorf
- Herrn Dipl. Ing. Thomas Weindel (Leiter des Vermessungs- und Katasteramtes) zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gutachterausschusses für Grundstückswerte.

Investitionen

Der Rat stellte gegen CDU und Tierschutzpartei/freie Wähler überplanmäßige Mittel in Höhe von 280.000 Euro für die Erstellung eines **Gesamtkonzeptes zum Verwaltungsstandort "Technischer Rathaus-Komplex TVG I-IV"**, AufHennekamp/Brinckmannstraße bereit. Die zwischen 1968 und 1983 errichteten fünf Verwaltungsgebäude weisen altersbedingte Schäden auf. Unter Berücksichtigung von Sanierungsbedarfen und Belegungsplanungen soll ein Gesamtkonzept einschl. einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erstellt werden.

Über den Bedarfsbeschluss vom 13.2.2014 zur Eigenrealisierung hinsichtlich der Sanierung des **Verwaltungsgebäudes Marktplatz 5-6** hinaus beauftragte der Rat die

Verwaltung, als Alternative zur Eigenrealisierung ein Angebotsverfahren zum Abschluss eines Erbbaurechtsvertrags und eines Mietvertrages durchzuführen. Die vorläufigen Gesamtkosten für die Sanierung und den Betrieb in öffentlich-privater Partnerschaft für bis zu 30 Jahre werden als Brutto-Barwert mit 44,9 Mio Euro beziffert. Das ÖPP-Modell soll ca. 4,9 % günstiger sein als die Eigenrealisierung. Für Planungs- und Beratungsleistungen wurden 500.000 Euro bereitgestellt (gegen CDU, Linke, Tierschutzpartei/freie Wähler, Rep, Enthaltung Pirat, AfD). Ein Änderungsantrag der CDU, die Eigenrealisierung durchzuführen, fand keine Mehrheit.

Planungsrecht

Der Rat nahm gegen Linke, BÜ90, Tierschutzpartei/freie Wähler die städtische **Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren "Kapazitätserweiterung Flughafen Düsseldorf"** zur Kenntnis. Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens ist die abschließende Zulassung

- von tiefbaulichen Änderungen der vorhandenen Flughafenanlagen (Herstellung von acht neuen Flugzeug-Abstellpositionen, Erweiterung von Flugbetriebsflächen, Bodenversiegelungs- und Arrondierungsmaßnahmen an Flugbetriebsflächen, Anpassung der Rollgassenbreiten),
- die Anpassung der Betriebsregelungen (Erhöhung der im Voraus planbaren Flugbewegungen in nachfragestarken Zeitstunden am Tag und Anpassung der Nutzungsmöglichkeiten beider Start- und Landebahnen zur bedarfsgerechten Abwicklung des Flugverkehrs) . Über den Änderungsantrag von BÜ 90/Die Grünen, die Stellungnahme dahingehend zu ändern, den Antrag der Flughafen Düsseldorf GmbH zur Kapazitätserweiterung abzulehnen, wurde nicht mehr abgestimmt.

Der Rat beschloss

- den Bebauungsplan **„Oberbilker Allee/Ringelsweide“**. Das 3,3 ha große Gebiet zwischen Oberbilker Allee und der Bezirkssportanlage wird überwiegend gewerblich genutzt. Die Gebäude eines ehemaligen Baumarktes stehen seit 2011 leer. Nun wird an der Oberbilker Allee und der Ringelsweide besonderes Wohngebiet festgesetzt. Die südöstlich an der Stichstraße Oberbilker Allee und südlich der Ringelsweide gelegenen Bereiche werden als eingeschränkte Gewerbegebiete festgesetzt. Zulässig sind Schank- und Speisewirtschaften, sonstige Gewerbebetriebe, Geschäfts- und Bürogebäude, das Wohnen nicht störende Gewerbebetriebe sowie teilweise Läden. Bordelle, Vergnügungsstätten und Tankstellen sind ausgeschlossen (gegen Linke);
- den Bebauungsplan **„An der Buschgasse (Angermund)“**. Hier wird Baurecht für Einzel- und Doppelhäuser mit etwa 20 Wohneinheiten auf Grundstücken mit rund 250 qm Grundstücksfläche geschaffen. Der Bereich, in dem sich ein Lebensmitteldiscounter befindet, wird als Sondergebiet für Nahversorgung mit einer max. zulässigen Verkaufsfläche von 1000 qm ausgewiesen (Enthaltung Linke);
- als gesamtstädtisches Entwicklungskonzept den **Rahmenplan Einzelhandel 2016**. Er ist bei künftigen Bauleitplanungen zu berücksichtigen (gegen Tierschutzpartei/freie Wähler, Enthaltung Pirat).

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer